

Dringliche Interpellation FDP (Philippe Müller, FDP): Verstärkte Polizeipräsenz in der Innenstadt auf Kosten der Quartiere, der Ermittlungsarbeiten etc. – was sind die Folgen?

Der Berner Gemeinderat will nun also mehr Polizeipräsenz in der Innenstadt. Das ist grundsätzlich sehr zu begrüßen (auch wenn man sich über das wahre Motiv keine Illusionen machen darf).

Nur: Die Beamten sind ja aufgrund jahrelanger verfehlter Politik der rot-grünen Mehrheit schlicht und einfach nicht vorhanden (und auch für das kommende Jahr sind entsprechende Leistungen beim Kanton nicht bestellt, vgl. Volksabstimmung vom 11.11.2007). Selbst noch Ende September, bei der Beratung des Budgets 2008, war die Lagebeurteilung des Gemeinderats offenbar eine völlig andere als heute, hat er doch damals einen FDP-Antrag zur moderaten Erhöhung der Polizeipräsenz abgelehnt.

Aufgrund der fehlenden Polizeikräfte geht die verstärkte Präsenz nun halt auf Kosten anderer ebenfalls wichtiger Polizeiaufgaben (gemäss Auskunft der Stadtpolizei):

- Präsenz in den Quartieren, - Ermittlungsarbeiten, -Büroarbeiten.

Wir richten folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Welche Folgen hat die reduzierte Polizeipräsenz in den Quartieren? Wie wird die Sicherheit der dortigen Bevölkerung weiter gewährleistet?
2. Welches sind die Folgen davon, dass Ermittlungsarbeiten liegen bleiben? Kann der Fahndungserfolg gefährdet werden? Wann wird das nachgeholt? Auf Kosten welcher Tätigkeiten?
3. Welches sind die Folgen, wenn Büroarbeiten liegen bleiben? Wann wird das nachgeholt? Auf Kosten welcher Tätigkeiten?
4. Wie hat sich die Zahl der Raubüberfälle, Körperverletzungen, Entreissdiebstähle und sexuelle Belästigung/Vergewaltigung in der Zeit zwischen 20.9.2007 (Budgetberatung im Stadtrat) und 11.11.2007 (Ankündigung der erhöhten Polizeipräsenz durch den Gemeinderat) in der Stadt Bern entwickelt? Gab es eine massive Zunahme? Wenn Ja, seit wann ist diese erkennbar?
5. Wann und wie stellt der Gemeinderat mit dem Kanton den zukünftig erhöhten Bedarf an Polizeipräsenz sicher, der sich aus der neusten Politik des Gemeinderates ergibt?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Massnahmen beginnen per sofort und enden (vorläufig) per Ende Jahr. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf zu wissen, mit welchen Konsequenzen insbesondere in den Quartieren zu rechnen sein wird. Eine rasche Klärung drängt sich auf.

Bern, 29. November 2007

Dringliche Interpellation FDP (Philippe Müller, FDP), Christian Wasserfallen, Ueli Haudenschild, Dannie Jost, Christoph Zimmerli, Markus Kiener, Jacqueline Gafner Wasem, Hans Peter Aeberhard

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.